

## Mein Abstimmungsverhalten bei der Ratssitzung am 02.02.2011 in einigen Punkten

1. Antrag CDU: Optimierung der Straßenführung stadteinwärts im Bereich der B 51 / Kaiser-Wilhelm-Brücke. Was ist hier gemeint? Die CDU will „durch eine wechselnde Verkehrsführung der mittleren Spur“ dem unterschiedlichen Verkehrsaufkommen zur Morgen- und zur Abendzeit gerecht werden. Das heißt: Morgens wird die mittlere Spur für die in die in Richtung Stadt einfahrenden Fahrzeuge freigeschaltet, während abends, wenn viele Berufspendler die Stadt verlassen wollen, die mittlere Fahrspur für den ausfahrenden Verkehr freigeschaltet wird.

Bei diesem Antrag habe ich mich enthalten, weil mir eine „Überprüfung“ des Sachverhaltes zunächst durchaus sinnvoll erscheint.

Den Ergänzungsantrag der SPD habe ich dagegen abgelehnt, weil er weitergehende Konsequenzen nach sich gezogen hätte: So z.B. auch die Bonner Straße, Kölner Straße, das Katharinenufer sowie die Lindenstraße. Solche umfangreichen Beauftragungen der Verwaltung binden Personal auf lange Zeit und sind zudem nicht kostenneutral. Es war der gescheiterte Versuch der SPD, durch einen umfassenderen Ergänzungsantrag den Antrag insgesamt für sich zu verbuchen.

2. Dagegen habe ich den Ausbau der Bitburger Straße mit einer 3. Fahrspur konsequent abgelehnt, wie auch schon zuvor in den Dezernatssitzungen. Ein solcher Ausbau wird der Situation nicht gerecht, den Verkehr dort zu reduzieren. Statt eine dritte Fahrspur für den Individualverkehr bereitzustellen, sollte nach wie vor der ÖPNV gestärkt werden. Ein „Park&Ride-Service“ ab dem Sammelparkplatz auf dem Sirzenicher-Hochplateau wäre meiner Meinung nach zukunftsweisender gewesen. Das Verkehrsverhalten muss umgestellt werden und dazu müssen entsprechende politische Entscheidungen hinführen. – Die Mehrheit im Rat sieht das allerdings anders.

3. Dem Antrag der Grünen, der die Schließung des sog. „Ausreisezentrums“ (LUfA) „forderte“ wollte ich klarer Weise zustimmen. Jedoch verunmöglichte mir die Zustimmung des Antrags ein Vorschlag der FWG, statt eine „Forderung“ an die Landesregierung zu stellen lediglich eine „Bitte“ zu formulieren. „Petitionen“ sind allerdings die „Bittgebete“ unserer Tage – wobei ich glaube, dass ein „Gebet“ weitaus mehr Wirkung zeigt! Die „Forderung“ der Grünen wurde durch ihre eigene Zustimmung ins Ungefähre abgemildert. Das veranlasste mich nun, selbst einen Ergänzungsantrag zu stellen mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadt Trier fordert das Land RLP auf, den Bewohnern des Ausreisezentrums ein Bleiberecht zu erteilen.“

Dieser Antrag wurde notwendig, weil Herr Albrecht von der CDU ambivalent in seinem Urteil war, ob es denn Rechtens wäre das „Ausreisezentrum“ zu schließen oder nicht! – Obwohl alle Vorredner/innen der anderen Parteien auf die menschenunwürdigen Zustände im „Ausreisezentrum“ aufmerksam gemacht hatten, sah sich niemand verpflichtet, konkrete Schritte einzuleiten, die den Lebensbedingungen der Bewohner/innen des „Ausreisezentrums“ eine neue Perspektive eröffneten, selbst wenn das Zentrum geschlossen

werden sollte – wovon aber nicht auszugehen ist. – Am Tage nach der Ratssitzung äußerte sich der zuständige Minister aus Mainz auch schon direkt abschlägig! - Somit trat ein, was ich in der Ratssitzung vorab formuliert hatte: Die Schließung des Ausreisezentrums ist nur „symbolische Politik“, die „kristalline Strukturen“ (Arnold Gehlen) verhärtet und lediglich auf „Verwaltung“ hinausläuft. So oder so verändert sich nichts, weil keine Veränderungen gefordert werden. Dagegen müsste aus Sicht der Menschenrechte jederzeit eine „Veränderung“ statthaben (= Revolutionierung), denn ohne die grundlegende Achtung der Menschenwürde ist jeder Rechtsstaat dabei, sich selbst die eigene Existenzgrundlage zu entziehen – so wie den wirtschafts-politischen Flüchtlingen im „Ausreisezentrum“ durch unwürdige Lebensbedingungen zuvor schon die Menschenwürde entzogen wird.

Für meinen Antrag gab es nur meine eigene Stimme. Mit der FDP habe ich mich bei der abschließenden Abstimmung des modifizierten Antrags der Grünen mit „Bitte“ enthalten, um ein „Zeichen“ zu setzen!

4. Die Haushaltssatzung der Stadt Trier 2011 habe ich abgelehnt. Eine ausführliche Begründung habe ich weiter oben in der „Haushaltsansprache“ dargelegt, die diesmal eine Redezeit von fünf Minuten nicht überschreiten durfte (siehe oben).
5. Bei der Vorlage zur „Anpassung der Eintrittspreise in den Trierer Freibädern ab der Saison 2011“ habe ich mich abschließend enthalten, weil ich zuvor einen eigenen Ergänzungsantrag eingebracht hatte, der mit großer Mehrheit angenommen wurde! Auf Nachfrage bei der Dezernentin Frau Birk, warum denn - wie zuvor besprochen (vgl. meine Anfrage 2010) - kein „Kombi-Ticket“ in die Preisliste aufgenommen wurde, sagte diese, das müsse erst noch mit den Stadtwerken verhandelt werden. Darauf zielte dann mein Antrag ab, dies nicht im Ungefähren zu belassen, sondern mit der Aufforderung an die Verwaltung dies unverzüglich zu tun. - Den Antrag der FWG, die Preisanhebung merklich zu senken, habe ich unterstützt. Er fand aber keine Mehrheit.
6. Die Änderung des Bebauungsplans BU 12 Am Olbenschwäldchen sowie den Bebauungsplan BU 16 Petrisberg-Ost habe ich zusammen mit den Grünen konsequent abgelehnt. Nach wie vor überhebt sich der Rat, eine Entscheidung darüber zu fällen, wie der Verkehr in den unteren Stadtteilen von Altkürenz verringert werden soll. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, aber trotzdem seit Jahren kontinuierlich weitere Baugebiete in den Höhenstadtteilen von der Stadt ausgeschrieben werden, werde ich – mit den Grünen, wohl aber aus anderen Gründen als sie – gegen weitere Bauungen stimmen.
7. Dem Bebauungsplan zum Ausbau der Löbstraße – hier konkret über die öffentliche Auslegung – habe ich zugestimmt. Es gibt aus meiner Sicht keinerlei Gründe mehr dagegen zu sein.